

Bezugs-Preis

In der Bezirksschule oder den im Stadt- und den Vororten errichteten Ausgabenstellen abgeholzt vierzehnlich. A 4.50, bei zweimaliger täglicher Auflösung ins Jahr A 6.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich vierzehnlich. A 6. Man erkennt ferner mit entsprechendem Aufschlussatz bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Preussen, Polen, den Donaumärkten, der österreichischen Zoll, Griechen. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Bezahlung dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 7 Uhr, die Abend-Ausgabe Montags um 6 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johanniskirche 8.

Filialen:
Ulrich Gobius vorne, C. Clemens' Sottilin,
Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösch, Katharinenstr. 14, dort, und Königsgasse 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nº 580.

Mittwoch den 14. November 1900.

Anzeigen-Preis

die Gezahlte Preise 25 h.
Reklamen unter dem Redaktionsschiff
(gezahlt) 75 h. vor dem Auslieferungs-
raum (Gezahlte) 50 h.
Tafelblätter und Illustrationen entsprechend
höher. — Gebühren für Nachzuweisungen und
Offertenanträge 25 h. (excl. Post).

Extra Heiligen (gezahlte), nur mit der
Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung
A 60., mit Postbeförderung A 70..

Annahmestillstand für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Samstagabend 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittag 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine
halbe Stunde früher.

Anzeigen sind jetzt an die Expedition
zu richten.
Die Expedition ist Wochenends ununterbrochen
geöffnet von früh 6 bis Abends 7 Uhr.

Direkt und Verlag von C. Pöhl in Leipzig.

94. Jahrgang.

Zum Zusammentritte des Reichstages.

In einer Zeit, die für erste Menschen ein ernstes Anliegen, verformt sich der Reichstag. Deutschland sieht sich in eine militärische Versetzung gezwungen, die nicht Krieg genannt wird, auch nicht Frieden genannt zu werden braucht, doch aber in jedem Betracht sich unterscheidet von jenen älteren Höfen, in denen Kaiserliche in den eigenen Colonien zum Gebrauch der Waffen zwangen. So findet die Volksvertretung einen Zustand vor, wie er seit dem Besieben des Reichs noch niemals vorhanden gewesen ist. Ob der andere Mann an der Spitze der Reichsregierung gleichfalls einen geänderten Zustand bedeutet, muß, wenn man von Neuerungen absieht, noch abgewartet werden. Die Zusammenfassung des Reichstages hat sich, obwohl sie in einer Hinsicht, die noch erörtert wird, ein neues Bild zeigt, politisch seit der vorigen Tages nicht verändert. Das Centrum ist die nachhaltigste Partei geblieben und eines beiden Hauptorgans benutzt den Ausdruck der Wiederberatung des Reichstags, um der Regierung zum so und so wünschten Maße die Freundschaft für das Gesetz zu vindicare, das nicht alle ultramontane Wünsche in Erfüllung gingen. Da diese Freundschaft aber ebenso einträglich für das Centrum, wie für das Reich politisch ist, so wird die Wiederberatung nicht zu belügen haben. Die Wiederberatung des Deutschenordens, die am letzten eroberte Ultimatum an Goedertius, wünschte zahlreiche einschlägige geistliche Rechte tatsächlich nicht. Daß diese Anerkennung für längere Zeit wieder einmal von einem Priester demandiert und deplorirt werden will, läßt die Wiederberatung des Deutschenordens im Reichstage sehr wünschenswert erscheinen. Bei der letzten Beratung des Regierungsstandes ist die Geschäftsfähigkeit ihres Zweckes viel zu nachdrücklich bearbeitet worden.

In neueren Stunden wird die Thronrede vorliegen und mit ihr vermutlich die Auflösung der Gelegenheitsrede, die den Reichstag beschäftigen sollen. Es ist also in diesem Augenblide zwecklos, die Arbeitstafel noch einmal schwängere zu bestimmen. Den politischen Stempel wird die Session von dem erhalten, was mit Bestimmtheit erscheinen wird. Dazu gehört der „Nachtragbesatz“ für die chinesische Expedition. Er steht ja bereits veröffentlicht, aber die ihm beigegebene Deutlichkeit steht noch aus; eine Berechtigung der Publikation, die schon bald beliebt werden will, aber gewöhnlich von politischen Nachberichten begleitet war. Das Urteil muß bis nach gründlichem Studium dieser Regelung verschoben werden. Einzuweilen wird höchst neben dem Erbauern über die Höhe dieser erstmaligen Forderung für China Tabel laufen, weil die Regierung die Verhandlungen „in demunität“ vermeidet. Wir haben schon vor Wochen und seitens wiederholt erläutert, auf die Normalität kein Gewicht zu legen. Wenn die Überbreitung des Staats zur vorläufig politisch gerechtfertigt werden kann, „auf das Wort kommt's da nicht an“. Goedertius hat sich die Regierung ihre Stellung bereits durch ein finanziell geringfügiges Verlangen erhofft. Obwohl sie weitere Forderungen in Aussicht stellt, glaubte sie schon jetzt eine Position für die Kosten einer Medaille für die Teilnehmer der China-Expedition einzunehmen zu müssen. Niemand wird unseren braven Rämpeln eine Denkung vornehmen wollen, aber das kann jetzt an solche Dinge denkt und ihnen sogar gelegentliche Gestalt geben soll, gaben den Gebern der Expedition eine Handbahn zum Spott, die ihnen vorzunehmen die durch andere Augenleidheiten verängerten Freunde der Chinapolitik an sich wenig zu bezeugen. Diese Kleinigkeit gehört eben auch in das Kapitel der Discontinuierpolitik.

Im Ganzen und Grotzen scheinen sich die maßgebenden Parteien in der Kritik der Chinapolitik zurückhaltend aufzuteilen zu wollen, und der „Borndorf“, der einen „Reichstag des Gerichts“ ankündigt, wird klare Karten halten, und zwar unter Billigung der großen Mehrheit des deutschen Volkes, dessen Stimme sich schon seitens der national-liberalen Partei als eine dem Mandarinskreiswesen abgenötigte gezeigt hat. Im Centralvorstande der national-liberalen Partei wurde die Unschönheit des deutschen Vorgehends in China einstellig billigende Beschlüsse nicht gefasst, ohne daß vorher ein für die deutsche Regierung anerkennender Vergleich mit der Politik Englands in Afrika, das dort mit ungemeindlichen kriegerischen Mitteln begonnen, gezeigt werden wäre. Das so schärfte hat die Vertretung der national-liberalen Gemütpartie die verdeckte Einvernehmung des Reichstags gestadelt, und wie es scheint, denn auch das Centrum an diesen Punkten einzufügen. Sollte zutreffend sein, was jetzt vielfach behauptet wird, daß nämlich nicht die beruhenden politischen Stellen, sondern militärische Verhältnisse der Einvernehmung im Sommer entgegenstanden hätten, dann müßten allerding auch wir aufklären, die Unterlassung entstandbar zu haben. Zur Chinapolitik selbst drückt ein nationalliberaler Mann die Erwartung aus, daß u. d. Böllow werde nicht ermangeln, den Widerspruch zwischen der deutschen Darstellung der Geschichte der Erneuerung Walderdorffs und der Erzählung, wie sie sich im französischen Gedächtnis vorstellt, aufzuklären. Wie für unsern Teil halten jedoch eine ähnliche Initiative in diesem Punkte weiter für notwendig noch für wünschenswert.

Durch den Beschuß, den der national-liberalen Centralvorstand in der 12.000 Wahl-Angelegenheit gleichmäßig einstimmig geagt hat, ist eine parlamentarische Erweiterung dieses böslichen Zwischenfalls auch seitens der positiven Parteien geschehen. Der Umstand, daß Herr Borndorf nicht einmal einen Urlaub angekündigt veranlaßt worden ist, das ohne Folge etwas Provocatives am Rücken und ist um so weniger zu verstehen, als die Regierung doch in Erarbeitung gebracht haben muß, daß in den Kreisen der Beamten ein Gefühl der Geschäftlichkeit bestimmt wurde, falls für das den hohen Ansehen ihres Standes nicht überliche Verhalten des Herrn v. Borndorf eine Sühne nicht erfolgte.

Doch die Polizei-Bericht in der heute beginnenden Tagung des Reichstages juge werde, wird von einigen Seiten bestreiten, kann aber kaum bestreitbar werden. Die Ausdehnung einer Verständigung sind noch immer gläsig und in den letzten Tagen gewachsen. Denn was ist es anders als ein Entgegenkommen,

wenn eine von Männern der freisinnigen Vereinigung an-
gerichtete Versammlung des Kaufleuten und Industriellen
einen gegen jede Erhöhung der Getreidepreise ihr unter-
breiteten Antrag „mit großer Mehrheit“ ablehnt und sich
darauf beschließt, eine „wesentliche Änderung“ der bestehenden
Handelsverträge, also bedenklich zu bezeichnen? Damit hätte
sich die Versammlung und der in ihr begründete „Handelsver-
tragsverein“ auf den opportunistischen Standpunkt der Verbände
auf über das Maß des Schwergutes, des einzigen, der in der
Politik verteidigt hat. Herr Richter nennt das
„Viertetteteil“, aber dieser Herr über 26 Mann hat im
Reichstage nichts zu sagen. Die süddeutsche Volkspartei hat
sich in den Zollfragen längst von ihm getrennt und nun
sieht die freisinnige Vereinigung einen wirtschaftspolitischen
Trennungskrisen, nachdem sie dem Kaiserlichen Nationalismus in
Landesverteidigungsfragen schon vorher Platz gelegt.

Die fraktion, daß diese drei Gruppen ein Ganges bilden, der die
freisinnige Volkspartei einen Zug im Reichstag präsidium in
einer verdeckten Weise verhindert, ist völlig hinfällig geworden. Dennoch möchten
wir ihrer formellen Richtung das Wort nach reden —
nach der Regel: quia non movere. Praktische Berechtigung
hat die fraktion, daß sie in der letzten Reichs-
tagssession hat vorne Coalition ihre Stellung als britischstädtische
bürgerliche „Partei“ im Reichstag eingebüßt. Auf ihren
Platz ist die national-liberale Fraktion gerückt, die
50 Mitglieder und 1 Deputierten nur 49 Mann statt,
also um drei Mitglieder schwächer ist. Nachdem das
numerische Verhältnis der bürgerlichen Parteien bei der
Wahlung des Präsidiums in den letzten Sessions-
tagen allein ausschlaggebend gewesen ist, wäre es kaum ver-
ständlich, wenn die national-liberale Fraktion das Amt des
Zweiten Vizepräsidenten nicht beanspruchen würde. Denn
auch für die Zusammenfassung des Präsidiums gilt der Satz:
quia non movere.

Die Wirren in China.

Die Forderungen der Märsche.

„Wolff's Telegram. Bureau“ berichtet aus Peking unter dem 12. November: In der letzten Sitzung der Vertretung der Märsche in Peking wurden die Punkte, über die eine endgültige Einigung erzielt worden ist, vorbehaltlich einer genaueren Redaktion folgendermaßen festgestellt: Der Eingang der Note soll ihren Charakter als decision irreversibile feststellen. Sodann erhält unter den an die Chinesen zu stellenden Ansprüchen den ersten Platz die Forderung einer nach Berlin zu entsendenden, von einem chinesischen kaiserlichen Prinzen zu führenden Mission, die des Bedauerns des Kaisers von China und des königlichen Regierung über die Errichtung des gesandten Freibuden von Ketteler auszudecken soll. Außerdem ist auf den Thronplatz der Märsche ein entsprechendes Denkmal mit lateinischer, deutlicher und chinesischer Inschrift zu errichten, die ebenfalls dem Bedauern über die geschehne Freiheitsherrschaft ausdrückt. Demnächst soll China die Rückführung der ausländischen Truppen in den chinesischen Enden vom 25. September, zum Theil von den Vertretern genannt sind, bez. noch genannt werden, mit dem Tode bestrafen. Die chinesische Regierung soll weiter zwei Jahre lang in allen Unterpräfekturen eine fälschliche Verordnung anstellen, die 1) die Mitgliedschaft an der Société des Voies mit dem Tode bestrafft, 2) die über die Schulden verhängten Strafen verschärft, 3) die Provinz, sowie die Provinzial-Gouverneure für die Ordnung in ihren Beiräten verantwortlich macht und die Bestimmung trifft, daß solche Beamte, die neue Vertragsvereinigungen und Beziehungen der Fremden zulassen, sofort abgesetzt werden und niemals andere Stellen erhalten dürfen. Auf jeder freimde oder internationalen Begründung hätte, deren Gründer während der Märsche prokariert worden sind, mah die chinesische Regierung ein Sühnedenkmal errichten. Das Tung-kiu-Tuan ist zu reformieren, auch der Verfall der Geschänden mit dem Hofe in einer Weise neu geregelt werden, die von den Märschen des Kaisers zu beklammern ist. China muss den Märschen für Staat und Private eine entsprechende Entschädigung leisten. Die zu zahlenden Summen begreifen, wie ausdrücklich herausgehoben wird, auch Beiträge in Art, die solchen Chinesen gezahlt werden sollen, die im Dienste der fremden Geschänden erlitzen haben. Das Verbot der Einschaltung von Waffen nach China wird bis auf Weiteres aufrechterhalten. Jede einzelne Macht erhält das Recht, für die Gesellschaft eine königliche Schutzwoche zu halten. Das Gesandtschaftsbüro, wo Chinesen nicht sollen wohnen dürfen, in Vertheidigung zu handeln. Tung-kiu-Tuan ist der Kaisers und der Stadt Peking zu zulassen, um die Rückführung der ausländischen Truppen und der Märsche zu ermöglichen. Die Festigung von Taku und etwaige andere, die die freie Verbindung Peking mit dem Westen hindern würden, sollen geschafft werden. Die Märsche werden einzelne Punkte zwischen dem Hauptstadt und den Meeren bestimmen, die militärisch besetzt werden, um jeder Seite eine unabdingbare Communication zwischen den Sitten der Geschänden und der See zu gewährleisten.

Tonstige Meldungen.

* London, 13. November. In der Abreise von der Ausstellung der Bahn von Taku nach Schanghai, den der Engländer sagt die „Morning Post“: Wenn die Radikal-Partei wäre, würde sie ein Siegel der Royalität und Einheit der russischen Regierung sein. Wäre es einem russischen Truppenführer gehörte, sich britischen Eigentums mit Gewalt zu bemächtigen, so wäre ein Zusammenhang Englands mit Russland eine Überraschung, und England würde sofort reagieren. Das ist nicht der Fall. Die ganze Welt ist noch dort, wo sie aus Russland und Schanghai zu ziehen, der Anteil an den Staatsschulden der zweijährigen Tung-kiu-Tuan eine große Rolle spielt, unterstellt sie diese Ansicht, und Tung-kiu-Tuan der Kaiser drohte, sie durch einen Aufstand seiner Truppen und der Moschabane (Tung-kiu-Tuan, in Moschabane) zu enttronen, fügte sie hin, umso eher, als ihr nach Auslieferung der Hauptwiderstände die stärksten Güthen ihres Regimes genommen sein würden.

Englisches Papier.

Den 10. November: Eine 3000 Köpfe zählende Abteilung Chinesen, seien 150 Mann von der Schutzpolizei der mandarinschen Eisenbahn wurden am 4. November von Tung-kiu-Tuan angegriffen. Die Tung-kiu-Tuan haben in den Bergen auf die Russen und die russischen Siedler einige Söhne abgeschossen hatten, sagen sich die Angreifer zu. Auf russischer Seite wurde Niemand getötet oder verwundet. Die Mandarinen in Tung-kiu-Tuan haben in den Wäldern hinter sich viele Russen versteckt.

an sie: Dem höchsten Commandanten ihre es lebt, sie zu versetzen, aber er sei froh, daß er ihre Wünsche gestatten könne, gleich noch viel Arbeit im Felde zu thun bleibe, bevor das in Südsibiria unternommene Werk vollendet sei. Das Klingt nicht nach eben herab befahrbaren Erfahrung. Auch spricht die ununterbrochenen Angaben von Mandarinen und Widerstand — leichter werden freilich für die zu errichtenden Polizeitruppen in ziemlich harter Angalt gebraucht — entzündlichen dagegen. Es erscheint freier fraglich, ob Lord Roberts seine Welle October angekündigt, daß die von Indien entflohenen Truppen im Laufe des November zurückgeföhrt werden sollen, zu verhindern im Stande sein wird. Daß diese Truppen nach der Garde die nächsten sein werden, die den Kriegsschmiede verlassen, liegt auf der Hand. Dersehne Lord Roberts hat aber auch den Rückzug von Indien als Chef von Lumbdens Horste gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß den Feindlichen dieser Truppe ihre bürgerlichen Stellen noch etwas länger offen gehalten werden mögen, da der Krieg zwar ungefähr vorüber sei, es aber von Wichtigkeit wäre, daß alle bis zum Ende ausdielen.

Was schließlich die Rückkehr Lord Roberts selbst betrifft, so war sie auch für den 15. dann für den 20. angekündigt, und ist nunmehr auf den 27. dieses Monats verschoben. Nicht ganz im Einstand damit stehen Telegramme an die Bürgermeister von Liverpool und Belfast, in welchen Lord Roberts erklärt, daß er zur feierlichen Übergabe des ihm verliehenen Ehrenurkunden nicht vor dem Januar beginne. März 1901, dort ein treffen könne. Mit dem Antritt seiner Stellung als Commandeur-in-Chief hat es immer Zeit. Sein Vorgänger, General Wolfe, führt die Geschäfte weiter, und sie liegen daher in guter Hand. Es soll aber nicht verschwinden werden, daß weitere militärische Kreise Englands die baldige Rückkehr Lord Roberts dringend wünschen: Sie erkennen seine „meisterhafte Feldherrnhaft“ voll an, halten ihn aber gegenüber der gegenwärtigen Lage für zu milde und wünschen den „eiserne“ Krieger an seine Stelle.

* Großbritannien, 12. November. General K. und K. hatte mehrere Gefechte in den letzten Tagen in den Britischen Herrschaften, Borneo und Neuguinea. General Douglas besiegt Bentener, wo die Vooren ihre Operationsbasis und ihr Quartierlager hatten, nach 21 Vooren gefangen und eroberte eine Anzahl Ruderboote.

* Großbritannien, 12. November. In der Nähe von Petrusburg wurde eine Polizeipatrouille noch einem letzten Kampfe von den Vooren gefangen genommen. Nachdem den Deutzen Schreiber und sonstigen verbündeten Gegenstände abgenommen waren, wurden sie freigelassen.

Deutsches Reich.

C. H. Berlin, 13. November. (Eisenbahnarbeiterbewegung). Die zahlreichen und ehrwürdigen Eisenbahnsoldaten der letzten Zeit lehnen unwillig den Willen auf die Eisenbahnbewegung. Es sind in der letzten Zeit hier und da (Magdeburg u. s. w.) bei Eisenbahner-Haus suchungen vorgenommen worden, um über das Leben und die Ziele des sozialdemokratischen Verbandes der Eisenbahner genauer Auskunft zu erlangen, aber diese Haussuchungen haben wenige oder nichts Erstaunliches zu Tage geführt; die Mitglieder wurden nirgends gefunden. Grobherzig schreibt darüber das Verbandsorgan „Der Werder“: „Ein Eisenbahner braucht zu sterben, daß irgend jemand die Verwaltung oder die Polizei unsre Mitgliedschaft in die Hände bekommt. Die Polizei sollte doch wissen, daß wir auf ihren Besuch zu jeder Stunde vorbereitet sind. Sie schafft hat uns so gut geschnitten.“ Peinliche Sicht in Allem, niemals etwas einzulegen, auch keinen Streiken Papier, und es ist Alles in Ordnung! Dennoch kann man doch, daß die Zahlstellen für den Verband sich fortgesetzt mehren, und hieraus darf schließen, daß auch die Mitgliedszahl im Wachstum begriffen sei. Das Verbandsorgan hat einen Antrag von der Partei nicht mehr abgelehnt und die freiwilligen Zuwendungen für den Verband fließen reichlicher als früher. Rechtfertigen nun auch diese Thatsachen eine unangemachte Überwachung der Bewegung und ein energisches Vorgehen gegen den Verband, so legen sie andererseits die Notwendigkeit nahe, berechtigte Wünsche der Eisenbahner zu erfüllen und vorstichtig mit Ausbezügungen zu sein, die höchst Staat machen können. Zwei derartige Ausbezügungen veröffentlicht der „Werder“: In der einen geht der Stationsvorsteher einer großen Eisenbahn bekannt, daß nach dem gesetzlichen Dienstzeit bis auf 16 Stunden aufgehoben werden kann, in der anderen erklärt ein Bereichsinspektor, daß Waffen eingehen an eine vorgelegte Bezeichnung wird — bei Capstadt waren 20 Eisenbahner der Verwendung — so lange wird das auch nicht mit einem anderen Bereichsinspektor geschehen. Und so lange wird das auch nicht mit einem anderen Bereichsinspektor geschehen, denn nach englischem Recht ist die Waffe eine Eigentum des Bereichsinspektors. Heute sind beim Bereichsinspektor, der Waffen eingehen an eine vorgelegte Bezeichnung, die Waffe eine Eigentum des Bereichsinspektors. Heute sind beim Bereichsinspektor, der Waffen eingehen an eine vorgelegte Bezeichnung, die Waffe eine Eigentum des Bereichsinspektors.

+ Berlin, 13. November. (Autosuggestion und Rechtsvölker). Die gestern mitgeteilte Auslösung des Oberlandesgerichtsräts Wilmuth über die von der Autosituation — der läufenden Einführung aus dem eigenen Innern — der Rechtsprechung drohende Gefahr wird besonders in den Kreisen der jüngsten Richter, die den Probeschungen der Probstlogen über die Autosituation gefolgt sind, bestreit. Und je weniger ein Mittel bestaunt ist oder auch nur möglich zu sein scheint, das die Autosituation bestreiten könnte, um so mehr wird mit Wilmuth gefordert werden müssen, daß der Richter die Möglichkeit der Autosituation bestreiten kann. Wilmuth bestreitet dies durch den Befreiungsbeweis, der die bestreitbare Sache gegen die Autosituation nicht vorbringt. Sicherlich sind diese Befreiungen durch den Richter kann kaum durch etwas überzeugend dargestellt werden, wie durch die Thatsache der Autosituation.